

Niederschrift
der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 10.04.2018
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Anett Kindler

bis 18:00 Uhr

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Frau Brigitta Tornow

Vertreter

Herr Bernd Röll

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Margret Schüler

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht

Frau Heike Benz

Frau Sarah Cornils

Frau Kathi Gutmuths

Frau Maxi Hoffmann

Frau Anja Schmuck

Frau Kristina Wilcke

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 13.03.2018
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Beräumung von öffentlichen Wegen und Plätzen von Schnee und Eis
- 4.2** Austausch zur Kita Planung und zur Pioritätenliste zur Umsetzung der Richtlinie zum 4. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfiananzierung 2017-2020
- 4.3** Vorstellung des Netzwerkes KleeWerk Frühe Hilfen im Landkreis Vorpommern-Rügen
- 4.4** Auswertung der Gesprächsrunde mit dem Thema: Zusätzliche Integrations- und Freizeit-Angebote für Jugendliche im Stralsunder Stadtgebiet
- 4.5** Vorstellung der Projektidee zur Errichtung eines Mehr-Generationen-Haus mit Kinderhaus, Jugendarbeit und Seniorenzentrum
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende Frau Ehlert geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Ehlert schlägt vor, den TOP 4.5 auf den TOP 4.1. zu verschieben. Außerdem bittet sie um Einräumung des Rederechts für alle anwesenden Gäste.

In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit der o.g. Änderung bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 13.03.2018

Herr Röhl möchte eine Änderung in der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 13.03.2018 in TOP 4.2. vornehmen. In seinen Ausführungen zu den Konflikten in der Auferstehungskirche im Stadtteil Grünhufe habe er gesagt: „dass die Immigranten bei ihrer eigenen Jugendarbeit unterstützt werden sollen“.

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 13.03.2018 wird mit den oben genannten Änderungen mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Beräumung von öffentlichen Wegen und Plätzen von Schnee und Eis

Die Ausschussvorsitzende, Frau Ehlert, begrüßt die Gäste Frau Heike Benz sowie Frau Kristina Wilke und bittet um Beantwortung der Frage, bis zu welcher Uhrzeit der Winterdienst der Hansestadt Stralsund die öffentlichen Wege zu beräumen hat.

Frau Heike Benz, Sachgebietsleiterin in der Abteilung Straßen und Stadtgrün - Verantwortliche des Winterdienstes, erklärt, dass der Winterdienst der Hansestadt Stralsund die gleichen Aufgaben und gleichen Pflichten zu erfüllen hat, wie die Bürger und Bürgerinnen der Hansestadt Stralsund. Es gilt die Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund. Die Straßen werden durch den Winterdienst ab 3 Uhr geräumt, je nach Wetterlage sollten die Straßen bis spätestens 7 Uhr von Schnee und Eis befreit sein.

Frau Thiede wirft ein, dass stellenweise der Schnee von den Straßen auf den Gehweg geschoben wird.

Frau Benz macht darauf aufmerksam, dass es aufgrund der Witterungslage bzw. jeweiligen Schneefallmenge gebietsweise vorkommen kann und bedauert dies. Sollte der Straßenverkehr durch die Schneefallmenge stark beeinträchtigt werden, besteht die Möglichkeit des Abtransportes der Schneemengen durch den Winterdienst.

Herr Röhl weist darauf hin, dass in anderen Städten die Fußgängerzonen durch den städtischen Winterdienst beräumt werden. Die Anlieger zahlen dafür höhere Straßenreinigungsgebühren und werden von der Reinigung befreit.

Herr Röhl kritisiert des Weiteren die Gehwegreinigung der Grundstückseigentümer in der Hansestadt Stralsund. Er bittet die Stadtverwaltung, die Grundstückseigentümer mit Informationsblättern über Ihre Pflichten aufzuklären und bei Nichteinhaltung ggf. Bußgeldbescheide zu erlassen.

Frau Ehlert bedankt sich für die Ausführungen und bittet Frau Benz sowie Frau Wilke, die genannten Anregungen mit den jeweiligen Vorgesetzten zu besprechen.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

zu 4.2 Austausch zur Kita Planung und zur Prioritätenliste zur Umsetzung der Richtlinie zum 4. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020

Frau Ehlert begrüßt die anwesenden Gäste. Sie erläutert, dass bei der Sichtung der Prioritätenliste einige Fragen aufgekommen sind und möchte die Ausschussmitglieder darüber in Kenntnis setzen.

Herr Albrecht berichtet, dass die Prioritätenliste im Jugendhilfeausschuss am 05.03.2018 beschlossen wurde. Bei der Erstellung dieser Liste ist die Hansestadt Stralsund kurzfristig aufgefordert worden mitzuteilen, welche Kindertagesstätten in der Hansestadt Stralsund eine Förderung erhalten sollen. Es wurde umfangreich daraufhin am 20.12.2017 geantwortet. Dieses Schreiben wurde alle Fraktionen der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 08.01.2018 zur Verfügung gestellt.

Herr Albrecht führt aus, dass der Landkreis als Prognose den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen wie folgt einschätzt: im Bereich der Kinderkrippe besteht eine Reserve von 40 Plätzen und im Bereich des Kindergartens ein Ausbaubedarf von 60 Plätzen. Die Hansestadt Stralsund hat der Einschätzung des Landkreises widersprochen, es wurde dem Landkreis mitgeteilt, dass durch die Mitversorgung auswärtiger Kinder im Bereich Kindergarten weitere ca. 80 zusätzliche Plätze erforderlich sind. Insgesamt könnte somit ein Bedarf von ca. 140 bis 240 Plätzen bestehen. Außerdem wurde mitgeteilt, dass alle Kitas, die eine Förderung beantragt haben, aus Sicht der Verwaltung auch diese erhalten sollten.

Da der Landkreis auf eine Prioritätenliste bestand, erfolgten Gespräche mit den freien Trägern der Kitas bezüglich der Wartelisten, Kapazitäten, Anmeldungen etc. Herr Albrecht bedauert, dass durch Erkrankungen und Urlaub der Mitarbeiter die Ergebnisse der Gespräche bisher noch nicht im Ausschuss Familie, Sicherheit und Gleichstellung präsentiert werden konnten.

Frau Ehlert bedauert, dass der Landrat Herr Drescher der Einladung zur heutigen Ausschusssitzung nicht gefolgt ist. Weiterhin kritisiert sie die Vorgehensweise des Landrates.

Frau Guthsmuth ergänzt, dass die Verwaltung den Landkreis mehrfach angeschrieben hat, jedoch seitens des Landkreises keine Rückmeldung erfolgte. Die Verwaltung ist mit der Berechnung des Bedarfes nicht einverstanden, es liegt unter anderem ein Fehler in der Betrachtungsweise vor. Es wurde nicht berücksichtigt, dass Kinder aus umliegenden Gemeinden in den Kitas der Hansestadt Stralsund untergebracht sind.

Frau Ehlert teilt mit, dass die Hansestadt Stralsund das Oberzentrum der Region ist. Es ist ein Familienzuwachs zu verzeichnen und der Bedarf an Kitaplätzen und Krippenplätzen werde auch in den kommenden Jahren zunehmen. Sie merkt an, dass die Berechnung der freien Krippenplätze sich auf die Zahlen im September beziehen, in dieser Zeit wechseln die Kindergartenkinder in die Schule und die Krippenkinder wechseln in den Kindergarten.

Frau Ehlert weist auf die schlechten Bedingungen in der AWO Spielkiste hin und auf das Auslaufen der Fördergelder Ende des Jahres 2018.

Frau Christine Funke, die Leiterin des Montessori Kinderhauses, teilt mit, dass seit 2015 um Gelder für eine Erweiterung für 45 zusätzliche Kindergartenplätze gekämpft wird. Es gibt eine sehr hohe Warteliste für Kitaplätze (ca. 3 Jahre).

Frau Funke kritisiert die Prioritätenliste, da an höherer Stelle Kitas stehen, die bereits eine Förderung in den vergangenen Jahren erhalten haben. Sie wünscht sich eine Prioritätenliste, die nach Beantragung bzw. Notwendigkeit erstellt wird.

Frau Funke merkt an, dass ebenfalls EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) Gelder beantragt wurden, allerdings entstehen dabei auch Kosten, da die Gelder durch die Stadtverwaltung verwaltet werden.

Frau Funke fasst zusammen, dass insgesamt 100.000 EUR für die Ausstattung der Räume des Neubaus beantragt wurden und auf die Beantragung von 2.500,00 EUR pro Kind verzichtet wurde.

Frau Funke beklagt die Unstimmigkeiten zwischen Landkreis und Stadtverwaltung und bedauert, dass die Kitaträger die Leidtragenden sind.

Frau Elke Reimann bringt dazu noch an, dass alle Gremien der Hansestadt Stralsund über den geplanten Neubau Kenntnis haben, umso unverständlicher ist die Prioritätenliste.

Frau Ehlert bedankt sich für Kritik und die klaren sowie offenen Worte seitens Frau Funke und Frau Reimann.

Frau Kindler merkt an, dass im gesamten Landkreis ein Zuwachs an Kindern zu verzeichnen ist und da in vielen Kitas Investitionsstau bestehe, entsteht durch die Prioritätenliste ein gewisser Neidfaktor unter den Kitaträgern. Sie fordert vom Landkreis ein umfassendes Investitionsprogramm für die Kitas, da lt. Frau Kindler „die 2,8 Millionen aus dem 4. Investitionsprogramm nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind“.

Frau Ehlert stimmt Frau Kindler zu und befürwortet den Vorschlag eines Investitionsprogrammes.

Herr Röhl bringt ein, dass die Eltern dazu ermutigt werden sollen, einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einzuklagen.

Frau Friesenhahn fragt nach, wie Eltern erklärt werden soll, dass auswärtige Kinder in Kitas der Hansestadt Stralsund untergebracht werden und für ortsansässige Kinder kein Platz ist.

Herr Albrecht weist Frau Friesenhahn darauf hin, dass jedes Kind, auch wenn es in Stralsund lebt, ein Landkreiskind ist. Es besteht ein Wunsch- und Wahlrecht.

Herr Röhl ist der Meinung, dass die Hansestadt Stralsund zu allererst für die Bürger der Hansestadt zu sorgen hat.

Frau Kindler spricht sich für das Wunsch- und Wahlrecht aus. Dadurch sind umfassende und zeitaufwändige Formalitäten weggefallen.

Frau Ehlert bittet die Ausschussmitglieder um erneute Besprechung des Themas im Kreistag und in den Fraktionen. Außerdem bittet sie um eine erneute Einladung des Landrates Herrn Drescher in den Ausschuss Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

Die Ausschussmitglieder haben dem mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.3 Vorstellung des Netzwerkes KleeWerk Frühe Hilfen im Landkreis Vorpommern-Rügen

Frau Ehlert begrüßt Frau Anja Stapelberg vom Netzwerkes KleeWerk Frühe Hilfen.

Frau Stapelberg bedankt sich für die Einladung und möchte den Ausschussmitgliedern das Netzwerk KleeWerk Frühe Hilfen vorstellen. Sie führt aus, dass sie die Netzwerkkordinatorin der Hansestadt Stralsund ist und ebenfalls mit dem Landkreis zusammenarbeitet. Die Mitarbeiter des Netzwerkes sind angestellt beim Verbund für soziale Projekte, die Finanzierung wird vom Landkreis übernommen.

Frau Stapelberg erläutert, dass die Frühen Hilfen in Stralsund auf zwei Säulen aufgebaut sind. Zum einem gibt es die Einzelfallarbeit, darunter zählt unter anderem das Arbeiten mit Familien und Vermittlung der Netzwerkpartner. Die zweite Säule ist die Netzwerkarbeit. Die Steuerungsgruppe des Netzwerkes besteht aus 20-25 Personen, die sich alle 12 Wochen in den Räumen des Netzwerkes Frühe Hilfen treffen. Dazu gehören unter anderem Kindertagesstätten, Frühförderung, Kirchengemeinden, Jobcenter, Beratungsstellen, die Hansestadt Stralsund.

Frau Stapelberg freut sich, dass viele der Fachkräfte seit 6 Jahren dabei sind und eine erfolgreiche Struktur aufgebaut werden konnte.

Frau Stapelberg teilt mit, dass jeden Mittwoch im Helios Klinikum Beratungen des Netzwerkes KleeWerk Frühe Hilfen stattfinden. Die Mitarbeiterinnen Frau Silke Riek-Hoppe und Frau Kathrin Zühlke-Hahs begrüßen die Familien, stellen präventiv die Frühen Hilfen vor und übergeben Begrüßungsgeschenke. Mit dem lokalen Bündnis für Familie findet eine gute Öffentlichkeitsarbeit statt.

Weiterhin bedankt sich Frau Stapelberg für die gute Zusammenarbeit mit der Hansestadt Stralsund. Es findet ein jährliches Netzwerktreffen im Rathaus statt. Im vergangenen Jahr war das Thema „Trauernde Familie“. Es gab 150 angemeldete Teilnehmer. Die Anzahl der Teilnehmer wächst von Jahr zu Jahr. Für das Jahr 2018 ist das Thema Abgrenzung Frühe Hilfen und Kinderschutz angedacht.

Frau Stapelberg ist erfreut, dass im vergangenen Jahr das 10-jährige Bestehen des KleeMobil gefeiert wurde.

Laut der aktuellen Statistik weist Frau Stapelberg darauf hin, dass immer mehr Familien die Netzwerkarbeit in Anspruch nehmen.

Frau Ehlert bedankt sich bei Frau Stapelberg für die Vorstellung des Netzwerkes und bei Frau Patzelt (Bündnis für Familie) für ihre Ehrenamtliche Arbeit.

zu 4.4 Auswertung der Gesprächsrunde mit dem Thema: Zusätzliche Integrations- und Freizeit-Angebote für Jugendliche im Stralsunder Stadtgebiet

Die Ausschussvorsitzende Frau Ehlert begrüßt Frau Anja Schmuck, Integrations- und Migrationsbeauftragte der Hansestadt Stralsund.

Frau Schmuck wurde von Vertretern der Auferstehungskirche um Hilfe gebeten bezüglich Entlastungsmöglichkeiten des offenen Kinder- und Jugendangebotes. Das Angebot in der Auferstehungskirche in Grünhufe bezieht sich auf jeden Freitag in der Zeit von 15 Uhr bis 21 Uhr. Das Angebot wird sehr gut angenommen, leider gibt es aktuell nur einen hauptamtlichen Mitarbeiter. Seit dem letzten Familien-, Sicherheit und Gleichstellungsausschuss im März 2018 sind zwei Gesprächsrunden erfolgt.

Der Oberbürgermeister wurde über den Stand der Dinge informiert und er hat seine Unterstützung bei der personellen Situation zugesichert.

Die zweite Gesprächsrunde fand Ende März 2018 im Nachbarschaftszentrum statt. Frau Schmuck erklärt sich bereit, bei der Antragsstellung der Personalstelle behilflich zu sein. Es wird eine Förderung über den Integrationsfonds beim Landesamt für Gesundheit und Soziales beantragt.

Frau Schmuck möchte nicht nur die Personalstelle fördern, sondern auch weitere Entlastungsmöglichkeiten finden. Vertreter der SIC, Stralsunder Innovation Consult GmbH, wurden zur zweiten Gesprächsrunde eingeladen. Herr Stefan Bauschke von der SIC teilte im Gespräch mit, dass das Stadtteilzentrum Knieper West sein Mittwochsangebot ebenfalls auf 21 Uhr ausweitet. Herr Tarek Hassan, Integrationslotse des Landkreises Vorpommern-Rügen sowie Frau Schmuck selbst haben ihre Hilfe ebenfalls zugesichert, bis eine weitere Personalstelle besetzt ist.

Frau Schmuck weist auf das ehemalige Angebot „Sport statt Gewalt“ hin. Dieses Angebot, gefördert vom Sportbund Hansestadt Stralsund e.V. sowie vom Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention in Stralsund e.V., fand in der Vergangenheit leider nur unregelmäßig statt und wurde wegen fehlender Übungsleiter eingestellt. Frau Schmuck teilt mit, dass der Integrationslotse des Landkreises, Herr Tarek Hassan, aktuell versucht, arabisch sprechende Übungsleiter zu finden, um das Angebot wieder regelmäßig anbieten zu können.

Herr Röhl merkt an, dass die offene Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe des Landkreises ist, diese jedoch aktuell nicht wahrgenommen wird.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Ehlert, ist erfreut über die aktuelle Entwicklung der Integrations- und Freizeitangebote. Sie bittet darum, den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung über den aktuellen Sachstand im September 2018 erneut in Kenntnis zu setzen.

Frau Ehlert bedankt sich bei Frau Schmuck für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.5 Vorstellung der Projektidee zur Errichtung eines Mehr-Generationen-Haus mit Kinderhaus, Jugendarbeit und Seniorenzentrum

Frau Ehlert begrüßt die anwesenden Gäste Frau Daniela Müller und Frau Sabine Busse bezüglich der Vorstellung der Projektidee zur Errichtung eines Mehr-Generationen-Haus mit Kinderhaus, Jugendarbeit und Seniorenzentrum.

Frau Müller stellt sich vor und informiert über die Idee eines Mehr-Generationen-Hauses. Im Laufe der Jahre sei der Wunsch entstanden, ein Mehr-Generationen-Haus zu errichten. Das Projekt befindet sich in der Konzepterstellung und in der Gestaltung der Finanzierung. Ein Areal wird in der Hansestadt Stralsund oder in der näheren Umgebung gesucht sowie ein Träger für die Betreuung der älteren Generation.

Frau Busse stellt sich ebenfalls vor, sie ist Erzieherin und Elternbegleiterin. Frau Busse ist in der Hansestadt Stralsund auf eine Kitastruktur getroffen, die anders ist, als ihr bislang bekannt. Über ähnliche Projekte in Mecklenburg-Vorpommern, wie das Mehr-Generationen-Haus, hat sie bereits Kenntnis erlangt, Frau Müller und Frau Busse möchten allerdings ein umfassenderes Netzwerk erarbeiten. Sie weist auf die Problematik „Lückekinder“ hin - Kinder die zu alt für den Hort und zu jung für den Jugendclub sind.

Frau Müller merkt an, dass dieses Projekt eine Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken ist, ein ergänzendes Angebot und dies nicht als Konkurrent angesehen werden soll.

Frau Dr. Stahlberg bittet Frau Müller und Frau Busse das Finanzierungskonzept zu erklären sowie die nächsten Schritte des Projektes zu erläutern.

Laut Frau Müller gibt es aktuell noch kein Finanzierungskonzept. Dieses befindet sich derzeit in der Erarbeitung, vorab kann jedoch mitgeteilt werden, dass die Finanzierung nicht vollständig durch ein Darlehen erfolgen wird. Frau Müller hofft, dass bis Mitte des Jahres 2018 sich alle Akteure, die an diesem Projekt mitarbeiten, zusammengefunden haben. Sie wird den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung über das Fortschreiten des Projektes informieren.

Frau Thiede erfragt, ob die Generationen auf Dauer in diesem Haus zusammen leben sollen, ohne dass es ein Jugendheim, Seniorenheim etc. wird.

Frau Müller erklärt, dass für die Generation Jugend ein Jugendclub sowie ein Juniorclub geplant ist. Für die ältere Generation steht noch kein Konzept, je nach Art der Träger ist eine Tagesklinik bzw. eine Vollzeitbetreuung angedacht.

Frau Kindler begrüßt neue Ideen in der Hansestadt Stralsund und weist auf das ähnliche Konzept des Familienzentrums in Grimmen für eventuelle Anregungen hin.

Frau Friesenhahn fasst die Projektidee zusammen und fragt nach, welche Form der Kitastruktur in der Hansestadt Stralsund anders ist, als Frau Busse bislang bekannt ist. Weiterhin weist Frau Friesenhahn auf das Bündnis für Familie hin sowie auf die bereits bestehende Kita mit der Öffnungszeit bis 20 Uhr und auf die 24h Kita in der Hansestadt Stralsund.

Frau Busse teilt mit, dass es das offene Konzept in der Hansestadt Stralsund nicht gibt und die Betreuungszeiten der Kitas sehr eingeschränkt sind.

Frau Ehlert und Frau Friesenhahn sind erfreut über die Projektidee, äußern jedoch ihre Bedenken zur Finanzierung.

Frau Ehlert bedankt sich bei Frau Müller und Frau Busse für die Vorstellung ihres Projektes und bittet um Mitteilung der Ergebnisse der Konzepterstellung bis spätestens September 2018.

Der Tagesordnungspunkt wird durch Frau Ehlert geschlossen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Friesenhahn bittet darum, die Stralsunder Entsorgungsgesellschaft GmbH in naher Zukunft in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung einzuladen, da die Hansestadt zunehmend verschmutzt wird. Sie merkt an, dass in den letzten drei Jahren die Müllberge gewachsen sind, die Papierkörbe überfüllt sind und die Straßen bzw. Gehwege nicht gereinigt werden, wenn der Sperrmüll abgeholt wird.

Frau Ehlert möchte die Diskussion demnächst auf die Tagesordnung nehmen.

Frau Quintana-Schmidt spricht die mangelnde Reinigung der Toilettenanlagen in den Schulen an. Frau Ehlert verweist die Anregung in den Kreistag.

Herr Röhl spricht das Graffitiprogramm an, er möchte, dass die Hauseigentümer mit entsprechenden Informationsblättern informiert werden, evtl. auch über die Beitragsbescheide.

Frau Thiede weist darauf hin, dass Herr Tanschus letztes Jahr im Ausschuss mitgeteilt hat, dass an alle Hauseigentümer in der Innenstadt Informationsblätter über den Postweg verteilt werden. Ob die Realisierung bereits erfolgen konnte, ist derzeit unbekannt. Herr Tanschus wollte den aktuellen Sachstand im Ausschuss Familie, Sicherheit und Gleichstellung Mitte des Jahres 2018 mitteilen.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

Frau Ehlert bedankt sich für die Mitarbeit und beendet die 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

gez. Sabine Ehlert
Ausschussvorsitzende

gez. Madlen Zicker
Protokollführung